

Reduzierung der verkehrlichen Emissionen

Achtung: Nachricht stammt aus dem Archiv



Der Nahverkehr Rheinland koordiniert die regionale Zusammenarbeit.

Viele Kreise, Städte und Gemeinden im Rheinland haben in den vergangenen Jahren Klimaschutzgutachten und die dazugehörigen Maßnahmen entwickelt.

Darüber hinaus existieren zahlreiche weitere Konzepte in den Kommunen mit Bezug zur umweltfreundlichen Mobilität. Hier wird es in den nächsten Jahren darauf ankommen, die Akteure in der Region zu vernetzen und die vorhandenen Lösungsansätze gemeinsam zu realisieren. Die Verankerung dieser Aufgabe beim NVR vermeidet Parallelstrukturen und ist der Garant dafür, gemeinsam Lösungen zu entwickeln und umzusetzen.

Lösungen im Verkehrsbereich sind besonders wichtig, da hier bisher die CO₂-Emissionen in der Gesamtbilanz sogar gestiegen sind. Die Klimaschutzziele des Landes und des Bundes lassen sich nur durch eine Verkehrswende und Energiewende im Verkehrssektor erreichen. Mit der richtigen Herangehensweise ist bei den verkehrlichen Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 ein Einsparpotenzial von bis zu 37 Prozent möglich. Dies ist das Ergebnis eines Gutachtens, das die Nahverkehr Rheinland GmbH (NVR) von der Kölner Unternehmensberatung *mobilité* hat erstellen lassen. Im Vergleich dazu wird lediglich ein Rückgang der durch den Verkehr verursachten Emissionen von etwa 10 Prozent prognostiziert, falls so weitergemacht werde wie bisher. Dass der Verkehrsbereich ein wichtiges Handlungsfeld im Bereich des Klimaschutzes ist, ist nicht von der Hand zu weisen: Etwa 30 Prozent der Treibhausgasemissionen im Rheinland werden von ihm verursacht.

Kommunen können auf erstellten Maßnahmenkatalog zurückgreifen

Laut dem Gutachten führt eine intensivere Zusammenarbeit der Kommunen zu einer deutlichen Verringerung der umweltschädlichen Emissionen. Hierbei laufen bei der beim NVR ansässigen Koordinierungsstelle „Regionale Mobilitätsentwicklung“ - in Kooperation mit dem Aachener Verkehrsverbund (AVV) und dem Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) - die Fäden zusammen.

Helfen soll dabei ein von den Gutachtern erarbeiteter Maßnahmenkatalog. Es haben sich acht Themenfelder herauskristallisiert, bei denen es besonders sinnvoll ist, die interkommunale Zusammenarbeit voranzutreiben: In den Bereichen Pendlerverkehr, Mobilstationen, Mobilitätsmanagement, E-Ladeinfrastruktur, nachhaltiger Tourismus, Mobilitätssicherung, digitale Information & Kommunikation sowie Bauleitplanung & Mobilität. In diesen Bereichen werden den Kommunen klimaschonende Mobilitätsvorhaben in einer Art Baukastensystem vorgeschlagen. Die Bürger sollen durch die Förderung von öffentlichem Nahverkehr, Carsharing, Fahrgemeinschaften, Radfahren und Zufußgehen sowie durch die Bereitstellung von Informationen, Beratung und die Entwicklung von Anreizsystemen attraktive Mobilitätsangebote erhalten, die zu einer multimodalen Verkehrsmittelwahl einladen.

Das Klimaschutzteilkonzept „Mobilität für das Rheinland“ wurde gefördert durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Hier können Sie das gesamte Gutachten downloaden: [Klimaschutzteilkonzept »Mobilität für das Rheinland« \(Langfassung\)](#)